

Zur Konferenz der Ministerpräsidenten:

Infrastruktur und ÖPNV sind keine Verhandlungsmasse!

Berlin, 17. Juni 2015 – „Bundesländer und Bundesregierung sind gefordert, bei ihren Verhandlungen zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen. Die Verkehrsinfrastruktur und der ÖPNV dürfen nicht zur Verhandlungsmasse werden“, mahnt **Thomas Hailer**, Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsforums, anlässlich der morgigen Gespräche zwischen Bund und Ländern. In den Ländern und Kommunen fehle es weiterhin an Planungssicherheit, welche Bundesmittel künftig für die Verkehrsinfrastruktur und den Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung gestellt werden.

Gegenstand der Verhandlungen sind unter anderem die Bundesmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur, die nur bis 2019 festgeschrieben sind. „Länder und Kommunen brauchen ein eindeutiges Signal, dass die so genannten Entflechtungsmittel sowie die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) über 2019 hinaus weiter fließen, damit sie planen können. Notwendig ist hier zudem eine regelmäßige Dynamisierung, um die Kostensteigerung in diesem Bereich auszugleichen. Im Gegenzug erwartet das DVF aber auch eine Zweckbindung dieser Mittel sowie einen Verwendungsnachweis, dass die Gelder tatsächlich in die Verkehrswege oder den ÖPNV investiert werden“, so Hailer weiter.

Bei den Verhandlungen wird es jedoch auch um eine Neuordnung der Zuständigkeiten bei den Bundesfernstraßen gehen. „Die Effizienz, die aus einer zentralen Steuerung und überjährigen Bewirtschaftung der Bundesfernstraßen generiert werden kann, darf nicht dem finanziellen Tauziehen zwischen Bund und Ländern geopfert werden“, fordert Hailer. Die Entwicklung einer Bundesfernstraßengesellschaft müsse jetzt schrittweise angegangen werden. Dabei gelte es jedoch auch, den Bedenken der Länder hinsichtlich der Schnittstellen zum nachgeordneten Netz und seiner gesicherten Finanzierung Rechnung zu tragen.

Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.

Ebenso wichtig sei jetzt, zügig eine Lösung für die Fortschreibung der sogenannten Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) zu finden. Hailer: „Dass der SPNV bei den Verhandlungen zunächst ausgeklammert wird, darf nicht heißen, dass er letztendlich vergessen wird.“ Ab 2016 sei die Finanzierung weiterhin unklar, so dass die Länder die Verträge nicht fortschreiben können. Laut zweier Gutachten von Bund und Ländern reiche der bisherige Ansatz und die Dynamisierung von 1,5% nicht aus, um das Angebot im SPNV aufrecht zu erhalten.

Hailer: „Der ‚Kieler Schlüssel‘ und die Aufstockung der Mittel sind notwendige Schritte, die Zukunft des SPNV zu sichern. Beides muss daher schnellstens umgesetzt werden und darf nicht zur Verhandlungsmasse zwischen Bund und Ländern werden. Das weitere Aufschieben dieser wichtigen Entscheidung ist auch hier unverantwortlich.“